

krank. Wie hoch die Verschuldung unserer Gemeinde bereits ist, zeigt sich in der gigantischen Zahl von über 17 Mio. Euro per Ende 2006. Das sind über 1.000 Euro pro Kopf aller Einwohner.

Die FDP ist die einzige Partei, die seit Jahren auf diesen Missstand hinweist, Sparmaßnahmen fordert und hierzu auch konkrete Vorschläge gemacht hat, wie beispielsweise Reduzierung der Personalaufwendungen durch Konzentration auf die Kernaufgaben der Gemeinde, einfrieren der Sachkosten, Streckung der Investitionen, Absenkung des Kreditvolumens und damit Senkung des Zinsaufwandes. Nur hierdurch erlangt die Gemeinde wieder Spielraum für die oben genannten Herausforderungen.

**Angela Merkel (Bild-Zeitung 25.11.05):**

**“ Ich möchte, dass es mit Deutschland wieder aufwärts geht.”**



**So haben wir uns das nicht vorgestellt.**

Ihr Steuerschutzmittel



Zur Zeit liegen die laufenden Ausgaben der Gemeinde rund 700 Tsd. Euro über den regulären Einnahmen. Das ist natürlich ein unhaltbarer Zustand, den besonders die FDP kritisiert hat.

Die Zukunftsaufgaben erwachsen uns im sozialen Bereich, in der Entwicklung des touristischen Stadtmarketings, der Sanierung der Wander-, Reit- und Fahrradwege, dem Unterhalt der Schulen, Kindergärten, bei Kunst- und Kulturprojekten.

Zum Teil hat dies die CDU auch erkannt, traut sich aber nicht, mit uns die notwendigen Maßnahmen dazu einzuleiten. Und die SPD rühmt sich damit, wie viele Projekte sie angeregt hat. Nur zur Sanierung der Finanzen fällt ihr nichts ein. So hat denn die große Koalition in Odenthal – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven – den Haushalt gegen uns verabschiedet, also gegen alle Vernunft.

Wenn wir Mittel für Projekte dieser Art zukünftig in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen wollen, müssen wir heute anfangen dafür zu sparen.

Helfen Sie mit!

### Flächennutzungsplan – ein Kapitel ohne Ende?

Nach fünf Jahren Diskussion, hat der Rat mit der Mehrheit von CDU, FDP und Bündnis90/DieGrünen kürzlich einen geänderten Flächennutzungsplan (kurz: FNP) beschlossen, der nun vom Regierungspräsidenten noch zu genehmigen ist.

Sie erinnern sich: Der erste Plan wurde im Sommer 2004 mit knapper CDU-

Mehrheit verabschiedet. Die von uns vorgeschlagenen Flächenreduzierungen und -Streichungen wurden nicht einmal ernsthaft diskutiert, so dass wir den Gesamtplan seinerzeit abgelehnt haben.

Die Kommunalwahl im Herbst 2004 brachte neue Mehrheiten in den Rat, sicher auch wegen des FNP, mit dem zahlreiche Wähler unzufrieden waren. Dadurch ergab sich die Möglichkeit, den Plan von der nächsten Entscheidungsebene, nämlich vom Regierungspräsidenten zurückzuholen und erneut in die Beratungen einzusteigen.

Von Anfang an hatten wir die Bauland-Bedarfsrechnung für die Planjahre bis 2017 in ihrer Seriosität angezweifelt, weil für diesen Zeitraum

1.) ein sehr unwahrscheinlicher Bevölkerungszuwachs angenommen wurde, und weil sich

2.) bei der Kalkulation der resultierenden Wohnfläche und der sich daraus

3.) ergebenden Baulandsbedarfsfläche Fehler sowohl hinsichtlich der Annahmen, als auch hinsichtlich der Berechnung beim beauftragten Planer eingeschlichen hatten.

Wir von der FDP waren bemüht, auf Basis von nachvollziehbaren Prognosen die Menge der Baulandflächen im FNP auszuweisen, wobei aber z.B. auch Bewertungen hinsichtlich der Befindlichkeit der Anwohner zu einzelnen Flächen, und der Empfindlichkeit des Landschaftsbildes durch Eingriffe zu berücksichtigen waren.

Die geänderten Mehrheitsverhältnisse machten es möglich, unsere Vorstellungen in die Diskussionen einzubringen. Der Erläuterungsbericht, also die Begründung

zum FNP, weist für den Zeitraum bis 2017 den von uns kalkulierten Bedarf von rund 30 ha aus.

Wie die Bevölkerungsentwicklung und die Bauwünsche in Odenthal sich tatsächlich ergeben werden, kann natürlich niemand mit Sicherheit voraussagen. Aber dass ein Bevölkerungswachstum von 4,4% unrealistisch war, zeigt schon das Jahr 2005 ohne Bevölkerungswachstum. (siehe:

[www.odenthal.de/gif/Einwohnerbewegungen\\_2003-2005.pdf](http://www.odenthal.de/gif/Einwohnerbewegungen_2003-2005.pdf))

Verschiedene vorgesehene Flächen wurden in Abstimmung mit der CDU deutlich reduziert, einige relativ unkritische wurden von uns befürwortet, so dass der verabschiedete Plan nun gut 40 ha Wohnbaufläche ausweist. Diese Mehrausweisung über den prognostizierten Bedarf hinaus tragen wir mit, weil niemand vorhersehen kann, ob die Eigentümer einer bestimmten Fläche zur Erschließung bereit sind, oder ob sich ausreichend Kauf- und Bauinteressenten finden.

Die Freifläche zwischen Odenthal und Osenau und die Wiesenfläche in Erberich am Kirchweg sind im neuen Plan nicht als Bauland ausgewiesen.

Der Bürgermeister beklagt dies und nutzt jede Gelegenheit, uns anzugreifen und sei es an Weiberfastnacht.

Eins ist daher klar: Findet die CDU eine Mehrheit, werden zumindest diese beiden Flächen in einem Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan nachträglich in potentiell Bauland umgewandelt. Passen Sie also als Bürger und als Wähler auf.